

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion

Hannover, Georgstr. 33  
Tel. 20951/52

II/90

7. November 1947

## Deutschland

=====

R.B. Am 25. November beginnt in London eine Konferenz, auf der die Sieger des zweiten Weltkrieges über einen Friedensvertrag für den Besiegten diskutieren wollen. Die Prognosen zu diesem Vorhaben sind bisher nicht sehr günstig gewesen. Wie so oft in der Geschichte liegen nach der Beendigung der Kriegshandlungen die Schwierigkeiten beim Sieger kaum weniger als beim Besiegten.

Das wichtigste Problem dieses Treffens der Außenminister wird zweifelsohne die Frage sein, ob Deutschland in seiner ursprünglichen Geschlossenheit erhalten bleiben oder in mehrere Teile auseinanderfallen soll. Niemand wird leugnen, dass man in Bautzen und Anklam ebenso deutsch denkt und fühlt wie in Bielefeld, in Passau oder in Konstanz. Diese Art Einheit ist also vorhanden, es fehlt ihr jedoch der einheitliche politische Ausdruck, was vor allem seine Ursache in der Politik der Besatzungsmächte hat. Es wäre durchaus angebracht, wenn man bei den Verhandlungen in London das Bewusstsein hätte, der Gegenstand der Beratungen, Deutschland, sei zwar kein politisches Ganzes, willensmäßig aber eine nicht zu überschende Einheit.

Ein Ausschuss des englischen Unterhauses empfiehlt der Londoner Konferenz, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen, was von den Deutschen nur begrüsst würde. Augenblicklich ist die Teilung des Reiches eine Tatsache. Augenblicklich — es spricht nicht alles dafür, dass dies endgültig sein wird.

Mit dem Problem des Friedensvertrages ist die Frage nach der Gestaltung Deutschlands also auf das Engste verknüpft. Auf deutscher Seite ist nur von bestimmten Stellen etwas unternommen worden, um diese Regelung zu einer gesamtdeutschen werden zu lassen. Es wurden Friedensbüros gegründet, die sich darauf beschränken, statistisches Material zu sammeln und völkerrechtliche Entschliessungen vergangener Zeiten zu sichten. Wenn es die SPD bisher ablehnte, die Länder zu Fürsprechern Deutschlands werden zu lassen, so hatte sie gewichtige Gründe. Die Länder sind in ihrer heutigen Gestalt recht willkürliche Gebilde, die wahrscheinlich einer starken Korrektur, sicher aber der demokratischen Bestätigung bedürfen. Darüber hinaus aber

haben manche wenig Neigung gezeigt, zur Schaffung eines einheitlichen Deutschland Wesentliches beizutragen. Man hat im Gegenteil von einigen dieser Staaten, bezw. von ihren Politikern den Eindruck, dass sie ihre Energien mehr darauf verwenden, den eigenen Machtbereich zu vergrössern und einer zukünftigen deutschen Republik an Rechten so viel wie möglich von vornherein zu nehmen. Wenn die Ministerpräsidenten deutscher Länder gemeinsame Entschliessungen über gesamtdeutsche Belange verfassen, so haben diese nur dann einen Sinn, wenn darin sämtliche deutschen Länder beteiligt sind und wenn jeder dieser Ministerpräsidenten von der grösseren Mehrheit des politischen Willens der Bevölkerung seines Landes getragen ist und sich nur ihr verantwortlich fühlt. Für Ostdeutschland trifft das heute auf keinen Fall zu.

Ähnlich würde die Situation bei der Schaffung eines "Konsultativrates" aussehen. Eine solche Einrichtung hätte die Berechtigung, im Namen der Deutschen zu sprechen, wenn in ihm Vertreter der Ostzone sässen, die vom Volke in freier demokratischer Wahl dazu bestimmt sind. Jede in dieser Hinsicht unvollständige Versammlung würde die Trennung nur vergrössern, da ihr die innere Wahrhaftigkeit fehlte.

Letztlich sind also die Parteien dazu berufen, die Stimmen aller Deutschen zu interpretieren, und es gehört zur Tragik des deutschen Schicksals, wenn es gerade eine Partei ist, die jede solcher Zielsetzungen bisher zunichte machte. Die SED hat in der Ostzone sämtliche Schlüsselstellungen inne, sie diktiert die Meinung des Volkes und erfragt sie nicht (geschweige denn, dass sie sich nach ihr richtet), kurz sie repräsentiert die "Demokratie" östlicher Prägung. Allein der Grund dieser Tatsachen war es bisher unmöglich, ein alldeutsches Gremium zusammenzubringen, das für den Komplex "Deutschland" zuständig wäre.

Bevor die Grossmächte in London eine Entscheidung über das spätere Aussehen Deutschlands treffen, sollte an Russland die Aufforderung ergehen, in der Ostzone die Voraussetzungen einer unverfälscht demokratischen Willensbildung zu schaffen. Es ist nicht ohne weiteres bewiesen, dass Russland den Vorhang für alle Zeit herablassen will. Vielleicht ist auch das nur eine Frage des politischen Preises. Man nennt ihn noch nicht, wenn man auch in den USA vielfach der Ansicht ist, es seien schon allzu grosse Vorauszahlungen geleistet, ohne dass sich bisher der geringste Erfolg eingestellt habe.

Wer die Meinungen in der Ostzone gesprochen hat, weiss, dass dort die Einheit Deutschlands einen besonders festen Wert hat - freilich nicht auf den Plakaten einer Partei, sondern in den Herzen der dort wohnenden Deutschen. /fremdhörigen

### Forcierte Ausrottung der Opposition

---

R. St. "Zoltan Pfeiffer geflohen", Mikolajczyk in London gelandet", "Hohe Strafentwürfe gegen Maniu", "Polnischer Diplomat geflüchtet", "Regierungskrise in Prag" - so und ähnlich lauten die Nachrichten, die in den letzten Tagen in immer dichter Folge aus den Ländern östlich des Eisernen Vorhangs in die Weltöffentlichkeit dringen. Ist jedes Ereignis für sich schon geeignet, sensationell zu wirken, zusammengefasst ergeben die einzelnen Meldungen ein Bukett dramatischer Geschehnisse, deren Regie, Zusammenhänge und Auswirkungen klar auf der Hand liegen. Es ist kein Zufall, dass zur gleichen Zeit, da der polnische Oppositionsführer in einem sogenannten Hochverratsprozess das Höchstmass der Strafe, nämlich 25 Jahre beantragt werden, gegen denselben Maniu, an dem die Gestapo sich in sechs langen Kriegs- und Besatzungsjahren nicht herangewagt hat. Ebenso wenig ist es ein Zufall, dass gerade in diesen Tagen Gottwald daran geht, den unbotmässigen slowakischen Demokraten das Rückgrat zu brechen, während wenige Kilometer südlich von diesem Kriegsschauplatz pseudo-demokratischer Auseinandersetzung, in Budapest, der letzte messgöbliche Führer einer nichtkommunistischen Gruppe dem Zugriff der kommunistischen Staatsmacht entwischt. Und schliesslich ist es sicher auch kein Zufall, dass alle diese Dinge mit zeitlich und räumlich forcierter Intensität wenige Wochen nach der Wiedergeburt der Komintern geschehen.

Eine der markantesten Persönlichkeiten unter den Männern, die heute im europäischen Osten wegen ihrer demokratischen Gesinnung verfolgt werden, ist Stanislaw Mikolajczyk, der bisherige Leiter der polnischen Bauernpartei. Mikolajczyk war für die Polen in der ganzen Welt eine Art Programm. Noch vor fünf Jahren war er ein "unbeschriebenes Blatt". Er ist heute etwa 50 Jahre alt. Geboren wurde er in Gelsenkirchen, ist aber zusammen mit seinem Vater kurz nach dem Ende des ersten Weltkrieges in das neuerschaffene Polen zurückgewandert, wo er sich als Vizepräsident des Aufsichtsrats eine einflussreiche wirtschaftliche Stellung schuf. Ihn zeichnete ruhige Besonnenheit aus, aller politischen Phrasen abhold. Im Krieg 1939 wurde er mit seiner Truppe in rumänisches Hoheitsgebiet abgedrängt und ging von hier aus, wie viele andere Polen, über Frankreich nach England.

Das erste Kabinett der polnischen Exilregierung bildete der grosse Gegner des Marschalls Pilsudski, General Sikorski. Als Sikorski bei Gibraltar mit dem Flugzeug tödlich verunglückte, wurde Mikolajczyk sein Nachfolger. Seine Stellung wurde prekär, als die russischen Armeen das deutsche Heer zurückwarfen und in Polen eintrugen. Im Erfolg Russlands sahen die Polen zwar den Sieg über Deutschland, aber auch den Untergang der polnischen Demokratie. Es wurde nach Entlastung der Spannungen mit Russland gerufen. Amerika nahm nicht Partei und England versuchte mit Erfolg die Stimmung in der polnischen Exilregierung für eine Einigung mit Russland durchzusetzen. Da brach der Warschauer Aufstand zu einer für das nationale Polen ungeeigneten

Zeit aus. Russland unterstützte die Aufständischen nicht, die Warschauer Aufständischen kamen sich verraten vor und im Lande saß er begann nun der Zulauf zu der neuen polnischen Regierung, die sich "Regierung der roten Erde" nannte: General Rola-Zymierski und Bieruth. Mikolajczyk ging nach Polen, ausgestattet mit allerlei Garantien, und trat als Vizepremier in diese "Regierung der roten Erde" ein.

Bei den Wahlen, die nach Kriegsende stattfanden, wurde Mikolajczyk der ein demokratisches Polen erstrebte, wie es vor 1939 bestanden hatte, durch die Wahlen in den Hintergrund gespielt und trat zurück. Gegen seine Bauernpartei begann ein Kampf, wie er ähnlich aus den Ereignissen in Bulgarien bekannt geworden ist. Zahlreiche Prozesse gegen führende Minister unter Mikolajczyk, wegen Spionage, Konspiration mit ausländischen Mächten usw. sollten die demokratische Bauernpartei Mikolajczyks als "Reaktion" und "Trabant des kapitalistischen Grosskapitals" diffamieren. Sie sind der Auftakt und die psychologische Vorbereitung für die Liquidierung der Partei.

„Nach abenteuerlicher Flucht“ in London landet, gegen den rumänischen Oppositionsführer..

#### Das Beispiel von Kiel

H.K. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lüdemann, hat dieser Tage das sozialdemokratische Kabinett von Schleswig-Holstein, das bisher nur aus sechs Ministern bestand, um zwei Minister erweitert. Das Innenministerium hat er an den kommunalpolitisch sehr erfahrenen aktiven Landtagsabgeordneten Wilhelm K i e b e r abgegeben. Neugebildet wurde ein Ministerium für Umsiedlung und Aufbau. Diesem Ressort kommt eine besondere Bedeutung, weit über die Aufgaben des Landes hinaus, zu. Nach zweieinhalb Jahren planender Vorarbeit zu dem für ganz Deutschland entscheidenden Flüchtlingsproblem sollen in dem zu 100% überfüllten städt. armen Lande Schleswig-Holstein richtungweisende Lösungen gefunden und verwirklicht werden. Neben der zu erwartenden Aussiedlung von mindestens 300 000 ehemaligen Ostvertriebenen soll eine wohnungsmässige und berufliche Lenkung der dann immer noch verbliebenen 900 000 Flüchtlinge nach sozialistischer Planung erfolgen! hierbei geht es also um An- und Umsiedlung nach sozialen, vor allem aber wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

In der Person des neuen Aufbau Ministers Walter D a m m , einem Arbeitersohn aus Wandsbeck, der mit eigenem zähem Fleisse und durch das Studium auf Gewerkschafts- und Volkshochschulen und als Schüler von Professor Nölting zuerst an sich gearbeitet hat, ist ein Vertreter der jungen Sozialdemokratie auf einen entscheidend wichtigen Platz gestellt worden. Mit ihm setzt das Kabinett Lüdemann einen weiteren Baustein zu sozialistischer Initiative in dem einzigen bisher nur sozialdemokratisch regierten Lande.

spd/7. November 1947

Ministerpräsident Lüdemann selbst wird dadurch für grössere, all-gemeindeutsche Aufgaben frei. Er wird als der in jahrzehntelanger Ver-waltungspraxis geschulte Politiker, bereichert um seine technisch-wis-senschaftlichen Berufskenntnisse, nunmehr freier als je die soziali-stische Regierungspolitik treiben können. Man ist sich im Schleswig-Holstein dessen bewusst, dass man in ganz Deutschland auf das sozial-demokratische "Experiment" schaut. (b/B48/411/1/he)

### De Gaulle und die Arbeiter

A.P. Paris, Anfang November 1947

Die gaullistische Bewegung hat in einer Reihe von grossen fran-zösischen Betrieben, wie den Renault-Werken, der Gummiabrik Kleber-Colombes usw.; Betriebszellen gegründet. Im Verhältnis zur Gesamtbe-legschaft ist allerdings die Stärke dieser Gruppe zunächst verschwin-dend gering.

Es ist schwer zu sagen, wie weit es bisher der gaullistischen Bewegung gelungen ist, in der Arbeiterklasse Fuss zu fassen. Sicher ist, dass zahlreiche Arbeiter mit der bisherigen Politik der Kommu-nisten unzufrieden sind und auch zu den Sozialisten kein grosses Ver-trauen haben. Diese Unzufriedenheit hat jedoch bei den letzten Wahlen wohl hauptsächlich in einer Stimmhaltung ihren Ausdruck gefunden. Wenn es jedoch in Zukunft den Kommunisten und Sozialisten nicht gelingt, das Vertrauen der Arbeiter zu bewahren oder wiederzugewinnen, besonders durch eine erfolgreiche Preis- und Versorgungspolitik, dann ist es durchaus möglich, dass ein Teil der Arbeiterklasse seine Hoffnung auf de Gaulle setzt. (b/A48/611/1/he)

### Kurzgefasster Amtsschimmel

H.U. Im Kreistag der kleinsten Fraktion der britischen Zone, Blan-kenburg, wurde ein bemerkenswerter Beschluss gefasst: in den Protokol-len der Ausschusssitzungen nur noch die Punkte der Tagesordnung und die gefassten Beschlüsse aufzuführen. Grund: Matrizen- und Papiermangel. Zwei Fragen im Anschluss an diesen beinahe säkularen Sprung über die Hürden der Bürokratie: Könnte dieses Vorbild nicht auch bei allen anderen Kreisen, und zwar nicht nur denen der britischen Zone, Schule machen? Wäre es nicht schon jetzt überhaupt für immer beizubehalten, auch für jene Zeiten, in denen es wieder ausreichend Material geben wird. (b/E38/1/511/he)

Verantwortlich: Peter Sauer

## "Misserfolge der Sozialdemokratie"

O.Z. Zürich, Anfang November 1947

Während die sozialdemokratische Presse Zürichs und St. Gallens ihre Wahlbetrachtungen sehr zurückhaltend fasste und vor allem nichtssagen-  
de Überschriften für diese wählte, schonte die "Berner Tagwacht" sich  
nicht, in ihrer Überschrift von einem "Misserfolg der Sozialdemokra-  
tie" bei den Nationalratswahlen vom 26. Oktober zu sprechen. Demorini-  
was zuerst auch wirklich ziemlich böse aussah, holte dann mit fort-  
schreitenden Ergebnisfeststellungen doch noch sehr erfreulich auf:  
statt bisher mit 55 Abgeordneten wird die Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz (SPS) in der im Dezember-Kont beginnenden neuen vierjäh-  
rigen Legislaturperiode der Bundesversammlung mit nur 49 Abgeordneten  
vertreten sein; womit sie auch auf den zweiten Platz zurückfällt und  
ihren bisherigen ersten Platz mit jetzt 51 gegen 47 Mandaten an die  
Radikaldemokraten (Freisinnigen) abgibt.

Das Zürcher "Volksrecht" führt diesen Rückgang auf 1943 günsti-  
gere Wahlkonstellationen bei Streitigkeiten und Spaltungen im bürger-  
lichen Lager und günstigen Restwahlverhältnissen für die Partei  
zurück; während dieses Mal die Partei "bei der Verteilung der Mandate  
vom Feh verfolgt" gewesen sei. Andere Parteizeitungen jedoch folgern,  
dass der Rückgang der Partei - der in der Tat ja nur ein geringer ist -  
auf die "noch anhaltende wirtschaftliche Hochkonjunktur", die nicht  
nur vielleicht, sondern bestimmt "die Angestellten und Arbeiter zu sehr  
in Existenzsicherheit wiegt", zurückzuführen ist und die Verluste auf  
Grund von "Überraschungsgewinnen im Jahre 1943" weniger ins Gewicht fal-  
len. Wenig sind die sozialdemokratischen Beurteiler darin, "dass die  
Nationalratswahlen keine wesentlichen politischen Veränderungen brach-  
ten".

Mit dem Verlust von drei... Sitzen hat die Sozialdemokratie  
des Kantons Zürich den grössten in der Schweiz überhaupt zu verzeichnen.  
Von 12 auf neun Mandate zurückgefallen, sind zwei der verlorenen Mandate  
an bürgerliche Parteien und eines an die Kommunisten (PdA) gegangen.  
In Basel-Stadt hat die Sozialdemokratie die bisherige Position mit zwei  
Mandaten behaupten können; im anderen Halbkanton aber, Basel-Land, ein  
Mandat verloren. Diesen und noch einigen anderen kantonalen Verlusten  
stehen gegenüber ein besonders erfreulicher Gewinn im Kanton Schwyz-  
den Katholisch-Konservativen abgerungen - und ein zweiter Gewinn im  
Kanton Bern.

Die Voraussagen für die schweizerischen Kommunisten (Partei der  
Arbeit) lauteten auf acht bis zehn Mandate; tatsächlich stehen die PdA  
mit sieben gewählten Abgeordneten erstmalig in der Bundesversammlung ein.  
Diese sieben Mandate verteilen sich auf je eines in Zürich und Basel-  
Stadt, zwei in Genf und drei im Kanton Waadt (Westschweiz, mit Kantons-  
hauptstadt Lausanne). So haben diese Wahlen erwiesen, dass die schwei-  
zerischen Kommunisten ihren Hauptanhang in der West-, der französisch  
sprechenden Schweiz haben. Die kommunistische Parteipresse bespricht  
diese Nationalratswahlen als einen Sieg des in der politischen und soz-  
ialen Reaktion geeinten Bürgertums, und führt die hinter den allge-  
meinen Erwartungen zurückgebliebenen zwei Mandate in der gesamten Ost-,  
der deutsch sprechenden Schweiz, einzig auf die vorungünstigen Frei-

bereiten ihrer politischen Gegner zurück. Doch kann die PöA in ihrer Stärke als eigene Fraktion des Nationalrats auftreten und wird nicht verfehlen, bei der Besetzung der ausschlaggebenden Kommissionen ihre Ansprüche geltend zu machen, und sie wird so im parlamentarisch-politischen Kräftespiel des Bundesstaates bemerkbar sein.

### Die Justiz

In ganz Deutschland werden gegen die Justiz schwerste Bedenken erhoben. Merkwürdigerweise kommen diese Vorwürfe weit mehr von der Linken als von jenen Seiten, die sich zu der politischen Rechten zählen. Den Angriffen ist ein tiefes Misstrauen gemeinsam, das sich gegen eine Rechtsprechung wendet, die offensichtlich bemüht ist, Belastete des vergangenen Regimes zu schützen oder milder zu beurteilen, um daraus politisches Kapital für jene Rechtsparteien zu schlagen.

Die Presse hat sich der Fälle von Justizskandalen mit einem begrüßenswerten Eifer angenommen, was ihr von den Beschuldigten den Tadel eintrug, in schwebende Verfahren einzugreifen und die Freiheit der richterlichen Entscheidung zu beeinflussen. Einige Vorgänge führten zu einer strafrechtlichen Verfolgung von Redakteuren und bei einem besonderen Anlass sogar zur Anklage gegen einen Landtagsabgeordneten, der nach einem Staatsgrundgesetz unter dem Schutze der Immunität stand. Diese Ereignisse geben zu danken.

Die politische Vergangenheit der Justiz nimmt ihr vorläufig das Recht, ausserhalb jeder Kritik zu stehen. Das Recht zur Kritik muss solange Geltung haben, bis die Gewissheit gegeben ist, dass innerhalb der Justiz jene Kräfte beseitigt sind, die so servil die Greueltaten des Nazismus sanktionierten oder seine Rechtsbrüche juristisch fundierten. Und diese Männer sind in der Justiz noch reichlich vorhanden.

Die Kritik an einem Urteil, bevor es rechtskräftig geworden ist, bezeichnet die Justiz als einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren, was letztlich wieder zu den Rechtsbeugungen der vergangenen Epoche führen müsse. Die Unabhängigkeit des Richters soll zweifelsohne gewahrt bleiben. Jedoch läuft gerade der Vorwurf gegen die heutige Justiz darauf hinaus, dass die Richter diese innere Unabhängigkeit in bestimmten Fällen auf Grund ihrer politischen Vergangenheit nicht besitzen und politische Erwägungen mitsprechen lassen. Der Hinweis auf die englischen Verhältnisse in Deutschland ist nicht angebracht, da die britische Justiz politisch nicht belastet ist und sie übrigens immer wieder beweist, welche Achtung sie den demokratischen Institutionen ihres Landes entgegenbringt. In Deutschland aber kennt eine gewisse Sorte von Richtern und Staatsanwälten nicht einmal die Verfassung ihres Landes. Bevor also von der unbedingt notwendigen Unabhängigkeit der Richter gesprochen werden kann, muss diese Unabhängigkeit hergestellt werden, indem man sich von den belasteten Elementen befreit.

Der harmonische Breiklang der Demokratie, Legislative, Exekutive und Rechtsprechung ist ein Idealzustand, dem man in Deutschland noch sehr fern ist. Die Diskrepanz zwischen dem Erstrebten und den Tatsachen resultiert zu einem guten Teil daraus, dass man sofort nach der Beseitigung des Nationalsozialismus in echt demokratischem Geiste normale Rechtsverhältnisse schaffen wollte, aber damit häufig dieselben Menschen beauftragt wurden, die Hitlers Rechtsauffassung unterstützten. Bevor man diesen personellen Strukturwandel nicht vornimmt, wird mit dem Aufhören der Justizskandale in Deutschland nicht zu rechnen sein.